

## 20. Konferenz der Vereinten Nationen über den Klimawandel, Lima

Die kommende 20. UN-Konferenz über den Klimawandel in Lima (COP 20, 1.-12. Dezember 2014) wird ein wichtiger Meilenstein in den Verhandlungen über ein neues weltweites Klimaschutzübereinkommen sein. Das Ergebnis der Konferenz sollte der Entwurf eines Verhandlungstexts für das neue Abkommen sein, das im Dezember 2015 in Paris abgeschlossen werden soll.

### Hintergrund: Klimaschutzübereinkommen von Kyoto bis Paris

Um die Erderwärmung auf weniger als zwei Grad Celsius zu begrenzen, müssen laut [Weltklimarat](#) (IPCC) die CO<sub>2</sub>-Emissionen zwischen 2010 und 2050 um 40 bis 70 % gesenkt werden und bis 2100 gleich Null oder negativ sein. Dies erfordert Anstrengungen in allen Regionen der Welt. Seit 2000 hat Europa seine CO<sub>2</sub>-Emissionen um fast 10 % gesenkt, aber die globalen Emissionen haben im gleichen Zeitraum um 36 % zugenommen.

Globale Anstrengungen zur Bekämpfung des Klimawandels wurden 1992 mit dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) eingeleitet. Das Kyoto-Protokoll von 1997 verpflichtet die Industriestaaten zur Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen, betrifft zur Zeit aber nur etwa 14 % der weltweiten Emissionen. Nachdem es 2009 nicht gelungen ist, ein globales Abkommen zu erzielen, wurde bei der Klimakonferenz 2011 in Durban beschlossen, bis spätestens 2015 ein Abkommen zu schließen, das 2020 in Kraft treten soll. Im September 2014 versammelten sich die Staats- und Regierungschefs der Welt in New York zum [UN-Klimagipfel](#) und legten ihre Vorstellungen für zukünftige Klimapolitik dar. Sie bekräftigten, dass COP20 in Lima zu einem Textentwurf für das neue Abkommen führen sollte, das auf der Folgekonferenz (COP21 in Paris, Dezember 2015) angenommen werden soll.

### Elemente des neuen Klimaschutzabkommens

Im Gegensatz zum Kyoto-Protokoll, das nur Industrieländer verpflichtet, sollte das neue Abkommen auf alle Länder Anwendung finden. Es wird auf einem Ansatz „von unten nach oben“ aufbauen, nach dem die Länder ihre beabsichtigten nationalen Beiträge (Intended Nationally Determined Contributions - INDC) vorlegen. Diese können Emissionsziele, politische Maßnahmen und Projekte umfassen. Von den Ländern wird erwartet, ihre INDC bis März 2015 bekanntzugeben.

Nach dem „Grundsatz der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung“ werden von den Industrieländern, die für die meisten Treibhausgase in der Atmosphäre verantwortlich sind, größere Anstrengungen erwartet. Die Finanzierung der Senkung von CO<sub>2</sub>-Emissionen und Bemühungen um die Anpassung in Entwicklungsländern werden wichtige Bestandteile sein.

Neben den Nationalstaaten werden Städte, Regionen und Unternehmen eine wichtige Rolle in der zukünftigen Klimapolitik übernehmen. Voraussichtlich werden auch CO<sub>2</sub>-Märkte bei der Verteilung der Anstrengungen zwischen unterschiedlichen Akteuren eine Rolle spielen.

### Ansatz der EU

Die EU verfügt über eine gut entwickelte Klimapolitik, die auf Zielvorgaben (Minderung der Treibhausgasemissionen um 20 %, Ausbau des Anteils erneuerbarer Energien auf 20 % und Verbesserungen der Energieeffizienz um 20 %) für das Jahr 2020 beruht und durch verschiedene Instrumente wie das Emissionshandelssystem und die Energieeffizienzrichtlinie unterstützt wird. Im Oktober 2014 einigte sich der Europäische Rat auf Klima- und Energieziele für 2030 (wenigstens 40 % weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen, 27 %

erneuerbare Energien, 27 % Energieeffizienz). Im Oktober 2014 nahm der Rat [Schlussfolgerungen zu COP20](#) an.

## **Rolle des Europäischen Parlaments**

Das Europäische Parlament (EP) unterstützt eine ehrgeizige Klimapolitik. In seiner EntschlieÙung vom Februar 2014 forderte es einen Marktanteil von mindestens 30 % und individuelle einzelstaatliche Ziele für erneuerbare Energien sowie eine Verbesserung von 40 % bei der Energieeffizienz bis 2030. Delegationen des EP nehmen regelmäßig an UN-Klimakonferenzen teil.

Am 5. November 2014 nahm der Umweltausschuss den EntschlieÙungsantrag zu COP20 an, und empfahl, dass das neue Übereinkommen auf die Senkung von CO<sub>2</sub>-Emissionen um 50 % bis 2050 abzielen sollte. Die Mitglieder betonten, dass Finanzierung, Technologietransfer und Kapazitätsaufbau wesentlich sind, um den Entwicklungsländern zu helfen. Sie forderten die EU und die Mitgliedstaaten auf, die Beiträge zum UN-Klimafonds zu erhöhen. Die Abstimmung im Plenum ist für die November-II-Tagung geplant.